lavieren, — im Orkan dieser Zeit schließlich versagen mußte. Wer aber wird der neue Steuermann sein?

Die gesamte Lage ist überaus ungeklärt. Der Reichstag hat seine Arbeiten abgebrochen, weil keine Regierung zur Stelle ist. Es wird mehrere Tage dauern, bis der neue Kanzler ernannt ist und sein Programm vor der Volksvertretung entwickeln kann. Welcher Art wird dieses Programm sein?

Die brennendste Frage für den neuen Kanzler ist die Stellung zum Friedensproblem. Zentrum, Fortschrittler und ein Teil der Nationalliberalen sind der Friedensformel beigetreten, die von der Sozialdemokratie als Gebot der Zeit vorgeschlagen ist. Bleiben diese Parteien, die zusammen eine große Mehrheit im Reichstag bilden, einig, so kann kein Kanzler auftreten, der sich nicht zu diesem Programm bekennen wollte. Zweifelsohne aber wird gegen die Friedensformel der Mehrheitsparteien mit Bieneneifer gearbeitet, nicht nur von den ausgesprochenen Annexionisten, sondern auch von denen, die diese Formel angesichts der andauernden Eroberungserklärungen in London und Paris für nicht zweckmäßig halten. Es ist ungewiß, ob und in welcher Richtung die obersten Heeresführer die Entscheidung zu beeinflussen suchen. Die Sozialdemokratie wird weiter wie bisher mit größter Entschiedenheit an der vollen Klärung der Friedensfrage arbeiten. Nach unserer Meinung kann es für den Reichstag überhaupt ein Zurück nicht mehr geben. Der Wortlaut der Friedensformel ist bereits veröffentlicht worden und zweifellos auch im Auslande bekannt. Die ganze Welt weiß, daß die große Mehrheit des deutschen Reichstags für einen Verständigungsfrieden eintritt, der erzwungene Gebietserwerbungen sowie politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen ausschließt. Es wird gesagt, daß der Kaiser diesem Gedanken zustimmt. Wir hoffen, daß es sich so verhält. Dann möge jedes Zaudern und Schwanken aufhören, es möge durch den Mund eines neuen Kanzlers mit mutiger Entschlußkraft das verkündigt werden, was unerläßliche Notwendigkeit wurde. Fällt das erlösende Wort, so wird der überwältigenden Mehrzahl des deutschen Volkes aus der Seele gesprochen sein. Dann ist es bei den Völkern in Frankreich und England und Italien, die Eroberungsziele ihrer Regierungen zurückzuweisen und in die Hand, die mit unzweideutiger Ehrlichkeit für den Verständigungsfrieden geboten wird, einzuschlagen. Wollen sie auch dann nicht in die Friedenshand einschlagen, dann können wir Deutsche mit gutem Gewissen sagen: Es ist kein Teil von Schuld bei uns übrig geblieben. Dann wird das deutsche Volk stark sein, um für seine Verteidigung gegen schmähliche Vergewaltigungspläne das Aeußerste auf sich zu nehmen.

* * *

Die Friedensformel der Mehrheitsparteien.

h. Die Kriegszielerklärung, die von der Mehrheit des Reichstags eingebracht werden soll, hat folgenden Wortlaut:

„An der Schwelle des vierten Kriegsjahres erklärt der Reichstag: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch heute noch der Satz: Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung der freien Selbständigkeit und Unversehrtheit seines Territorialbestandes hat Deutschland die Waffen ergriffen!

Unter Ablehnung des Gedankens an erzwungene Gebietserwerbung erstrebt der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Ebenso weist der Reichstag alle Pläne zurück, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Unterbindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Nur der wirtschaftliche Friede mit der Freiheit der Meere nach der Beendigung des Krieges wird einem dauernden freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Von diesen Erwägungen und Zielen geleitet, wird der Reichstag tatkräftig die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen fördern.

Solange aber die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden zurückweisen und Deutschland und seine Verbündeten mit Erwerbungen und Vergewaltigungen bedrohen, ist das deutsche Volk entschlossen, unerschütterlich zusammenzustehen und auszuharren zur Verteidigung seiner und seiner Verbündeten Rechte auf Leben und Entwicklung. Das deutsche Volk weiß, daß es in seiner Einigkeit unüberwindlich ist."

Die Mehrheitsparteien bleiben fest!

Am Freitag abend, nach der Unterredung mit Hindenburg und Ludendorff, traten die Parteiführer im Reichstagsgebäude [illegible] und es fanden dort Fraktionssitzungen und [illegible] haben die Beteiligung an der Friedensresolution endgültig abgelehnt. [illegible] Die anderen verbundenen Parteien, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie, blieben an ihrem Standpunkt fest. Die vom 12. Juli datierte Friedensresolution wurde unverändert gebilligt und soll nach Lösung der Kanzlerkrise und nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags eingebracht werden, wobei ihr eine große Mehrheit sicher ist.

Hindenburg und die Parteiführer.

[illegible]

Abgeordneten ein Bild der Lage an den Fronten und der militärischen Gesamtsituation und wiesen auf die völlig ungeschwächte Schlagkraft der Armee und auf den sehr günstigen Stand der Dinge hin. Zumeist führte Ludendorff das Gespräch mit den parlamentarischen Besuchern, und soweit Wünsche geäußert wurden, geschah es in der entgegenkommendsten verbindlichsten Form.

Zentrum und Nationalliberale gegen den Kanzler.

Aus Berlin erfährt die Frankfurter Zeitung: Es steht fest, daß das Zentrum wirklich dem Kaiser und dem Reichskanzler mitgeteilt hat, daß es den gegenwärtigen Kanzler nicht für geeignet halte, an den Friedensverhandlungen mitzuwirken. Diese Erklärung, die wahrscheinlich auch den Kanzler überrascht haben wird, mag stark auf die letzten Entschließungen einwirken.

Wie die Berliner Nachrichtenstelle erfährt, haben auch die Nationalliberalen einen gegen die Person des Kanzlers direkt gerichteten Schritt unternommen. Sie haben namens der Fraktion einen Brief an das Kaiserliche Zivilkabinett gerichtet, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß der Ansicht der Fraktion nach die Person des Herrn v. Bethmann-Hollweg einen Hinderungsgrund für einen Friedensschluß bilden würde.

Schwierige Nachfolgerwahl.

w. **Berlin, 14. Juli.** Offiziell wird der Rücktritt des Kanzlers erst angekündigt werden, wenn der Nachfolger ernannt sein wird. Wer der Nachfolger Bethmann-Hollwegs sein wird, scheint jedoch noch ganz unbestimmt zu sein. Ueberall in den Parteien sucht man nach dem geeigneten Mann. Der in Berlin weilende Freiherr v. Hertling fühlt sich zu leidend, um die schwere Bürde auf sich zu nehmen und weicht allen Anerbietungen aus. Die Namen des Ernährungskommissar Dr. Michaelis, des Grafen Roedern, des Grafen Bernstorff, des Haager Gesandten Fürsten Hatzfeld, des Dr. Solf und zahlreiche andere tauchen teils für den Posten des Reichskanzlers, teils für den des Staatssekretärs des Auswärtigen auf. Dem Lokalanzeiger zufolge wird der Rücktritt des Herrn v. Bethmann-Hollweg von einem sehr umfangreichen Wechsel in den leitenden Stellen im Reiche und in Preußen begleitet sein.

Berliner Preßstimmen.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Die Tatsache, daß Herr v. Bethmann-Hollweg gehe, ist nicht mehr zweifelhaft. Sein Nachfolger müsse durch seine Person und sofortige Taten die Gewähr dafür bieten, daß er entschlossen sei, den Verständigungsfrieden vorzubereiten und der Volksvertretung das volle Recht der Mitregierung, Mitverantwortung und Kontrolle zu verleihen.

Die Deutsche Tageszeitung sagt, wie der bisherige Kanzler trotz seines Wortes „Freie Bahn jedem Tüchtigen", eben mit seiner Person diese Bahn versperrte, so habe er auch trotz allem eigenem Friedensbedürfnis quer im Wege gestanden, auf dem der Frieden daherschreiten müsse.

Nach der Germania dürfe die Entscheidung über den Nachfolger des Herrn v. Bethmann-Hollweg kaum in 24 Stunden getroffen werden können, denn sie müsse selbstverständlich nun zugleich klare Bahn bringen für alle die Fragen, die uns seit Jahr und Tag beschäftigen.

Der Börsenkurier meint: Die Vorkommnisse der letzten Tage ließen die Annahme der Dimission des Reichskanzlers so berechtigt erscheinen, daß an ihr kaum noch gezweifelt werden könne.

Das bayrische Zentrum gegen die Parlamentarisierung im Reich.

w. **München, 14. Juli.** Die Stellungnahme des bayrischen Zentrums gegen das parlamentarische System wird von Tag zu Tag schärfer. Der Vorsitzende der bayrischen Zentrumsfraktion, Abg. Held, sieht das Verlangen nach einem sofortigen Zusammentritt des Reichsausschusses des Zentrums erfüllt und wird am 22. Juli (dieser Termin ist gestern bestimmt worden) den bayrischen Sturmblock entschlossen und rücksichtslos gegen die Reichstagsfraktion führen. Droht doch heute schon der Bayrische Courier offen mit der Spaltung der Fraktion, wenn er davon spricht, daß jeder die Konsequenzen ziehen müsse, der Grundsätze aufgebe, die gegen das demokratisch parlamentarische System gerichtet seien. Eine bedenkliche Gefahr ist, daß das bayrische Zentrum vollkommen konservativ geht mit dem früheren Zentrumsführer, dem bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling. Hertling wird hier jetzt als Vater aller Hindernisse angesehen, die von dieser Seite ausgehen. Das früher ganz und gar demokratisch gerichtete Zentrum Bayerns hat sich von den konservativen Tendenzen der Hertling und Pichler anstecken lassen. (Man wird sich im Zentrum bald wieder zusammenfinden, denn auch die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich für das parlamentarische System gar nicht sehr eingesetzt. Die Redaktion.)

Ententestimmen.

Bern, 12. Juli. Die deutsche Krise steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses der französischen Presse, sowohl hinsichtlich der Gründe der Krisis wie über die Folgen, und die Ansichten [illegible] die Entente mißtrauisch bleiben müsse. [illegible]

Eine sensationelle Aufklärung.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Berlin gemeldet: Unter der Ueberschrift „Eine sensationelle Erklärung" berichtet ein dänisches Blatt von einem Briefe des Wirklichen Geheimen Rats Dr. Harnack über ein Gespräch, das dieser mit dem Reichskanzler geführt habe. Dr. v. Harnack teilt uns dazu folgendes mit: Von dem genannten Inhalt des Briefes ist nichts tatsächlich, als daß ich ein Gespräch mit dem Reichskanzler geführt habe. Obgleich ich keine Abschrift des Briefes besitze, kann ich schon jetzt sagen, daß, was seinen Inhalt angeht, einiges ganz aus der Luft gegriffen, andres auf das übelste entstellt, noch andres als Worte des Reichskanzlers angeführt ist, was nur meine Meinung, und zwar in entstellter Form, wiedergibt. Eine Berichtigung im einzelnen behalte ich mir vor.

Flämische Sozialisten.

eb. **Stockholm**, 11. Juli.

In einer Unterredung, die wir mit den hier eingetroffenen flämischen Sozialdemokraten Buchhändler Joris-Antwerpen und Redakteur [illegible]-Gent hatten, vernahmen wir das folgende:

Als man bei uns von der geplanten Stockholmer Konferenz hörte, setzten die Erörterungen über die Möglichkeit des Friedens mit neuer Kraft ein, und natürlich wurde auch viel über die Beschickung der Konferenz gesprochen. Der Krieg hat unsere inneren Parteiverhältnisse völlig durcheinander gebracht; politische Zusammenkünfte sind verboten, so daß die Anrufung des nach dem belgischen Parteistatut allein zuständigen Forums, nämlich des vom Regionalrat einzuberufenden Kongresses, nicht möglich war. Infolge dieser Verhältnisse können auch Vandervelde und de Brouckère keinesfalls als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie in Stockholm gewesen sein. Die wallonischen Sozialisten wünschen jede nicht unbedingt nötige Berührung mit den deutschen Okkupationsbehörden zu vermeiden und sie weisen es unbedingt von sich, an diese Behörden um die Genehmigung eines Kongresses oder um die Paßerteilung heranzutreten. Es ist vielleicht die Mehrheit der belgischen Sozialdemokratie, die auf diesem Standpunkt steht. Aber bei uns in Flandern ist eine starke Stimmung dafür vorhanden, nach Stockholm zu gehen, auch Anseele wäre dazu geneigt, er unterließ es aber aus Parteidisziplin. Möglicherweise wird er kommen, sobald die Ententesozialisten reisen können. Wir selbst dachten nach den Zeitungsmeldungen gerade zum Konferenzbeginn zurechtzukommen, haben erst unterwegs und hier erfahren, daß wir viel zu früh gekommen sind, und wollen wieder nach Hause, sobald Huysmans uns ermöglicht haben wird, ihm unser Memorandum zu übergeben.

Ueber die flämische Frage selbst erklärten uns die beiden Parteigenossen:

Das deutsche Generalgouvernement hat die Verwaltungstrennung nach dem flämischen und französischen Sprachgebiet durchgeführt und die flämische Hochschule in Gent errichtet, die eine alte Forderung unserer Volksgenossen ist. Die beiden Sprachgebiete sind scharf voneinander getrennt durch die Linie Dünkirchen—Aachen. Beträchtliche Minderheiten der einen Nation im Gebiete der andern sind nicht vorhanden, so daß eine Komplikation nach dieser Richtung nicht besteht. Die Flämen sagen: Wir verlangen nichts von den Deutschen, sondern nur, was die belgischen Gesetze uns schon lange vor dem Kriege versprochen haben. Ein belgisches Gesetz bestätigt die Haager Konvention für den Landkrieg, wonach die ein Gebiet besetzt haltende Macht die Funktionen der eigenen Regierung auszuüben hat; wir können also weder eine Schande noch ein Verbrechen darin sehen, wenn wir bei den deutschen Behörden bestehende belgische Gesetze durchsetzen. Was Berlin macht, haben wir flämischen Sozialisten weder zu verantworten, noch zu betreiben, uns kümmern nur die Interessen des flämischen Proletariats.

Gesetzlich waren in Belgien beide Nationen gleichberechtigt und jeder Staatsbeamte sollte die Kenntnis beider Sprachen vor seiner Ernennung nachweisen. Aber während einer, der nicht französisch konnte, nicht angestellt wurde, genügte für die wallonischen Bewerber das Hersagen einiger flämischer Gesprächsformeln. Die Folge war, daß fast alle Aemter wallonisch waren, was wiederum zur Französierung auch der flämischen Städtebevölkerung und der zuwandernden Bauernkinder führte.

Wenn nun nach dem Friedensschluß alles beim alten bleiben sollte, so kann sich aus dem Wettbewerb um den Einfluß in Belgien zwischen den angrenzenden Großmächten — denn Deutschland hat in diesem Kriege begreifen gelernt, was der bis auf die antiniederländische Revolution von 1830 zurückzuverfolgende und planmäßig verstärkte französische Einfluß in Belgien bedeutet — in nicht zu ferner Zeit ein neuer Zusammenstoß ergeben. Die deutschen Annexionisten fordern heute als Gegengewicht gegen den französischen Einfluß im wallonischen Belgien die Angliederung Flamlands an Deutschland und erschweren dadurch nach der Meinung weiterer deutscher Volkskreise den Weg zum endlichen Friedensschluß. Ist aber die Trennung Belgiens in zwei völlig autonome Gebiete durchgeführt und des Flamenlandes nationale Existenz gesichert, so fällt das Argument für jede annexionistische Forderung. [illegible] Sicherung Deutschlands notw. fort. Es ist also die Regelung der flämischen Frage nach dieser Richtung im künftigen Friedensvertrag notwendig als eine Bürgschaft des dauernden Friedens, auf den [illegible] gerechnet werden müssen.

Die skandinavischen Sozialisten Amerikas gegen den Krieg.

Der skandinavisch-sozialistische Verband in Amerika veröffentlicht ein Manifest an die skandinavischen Arbeiter, in dem er gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg entschiedenen Einspruch erhebt. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Ohne die Bürger des Landes zu befragen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten das Land in den [illegible] Weltkrieg hineingestürzt! Ein Gesetz [illegible] Dienstpflicht ist bereits angenommen [illegible]

[illegible]